



## PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

### 20. Sitzung des 12. Legislaturperiode vom 09.05.2017

Vorsitz	Ratspräsidentin bis Trakt. 8 Ratspräsident ab Trakt. 8	Irina Bannwart Walter Beer
Anwesend	Gemeinderat  Stadtpräsident Stadtrat	28 Ratsmitglieder  René Huber Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Priska Seiler Graf Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Rebekka Schütz
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Karl Egg, SP Sven Heinzemann, SVP Marco Vollenweider, FDP Roman Walt, glp
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 19:50 Uhr	

## Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Interpellation; Roman Walt (glp); Auswirkungen neue Gebührenordnung Parkplatz Schluefweg; Begründung durch den Interpellanten
- 4 Interpellation; Peter Nabholz (FDP); Energieförderprogramme / Energiestadtlabel / Energiefonds; Begründung durch den Interpellanten
- 5 Interpellation; Roland Lieb (SVP); Kosten der gemieteten semistationären Geschwindigkeitsmessanlage; Begründung durch den Interpellanten
- 6 Interpellation; Heiri Brändli (EVP); Reduktion Fluglärm; Begründung durch den Interpellanten
- 7 Interpellation; Heiri Brändli (EVP); Verkehrsfreies Zentrum Stadt Kloten; Begründung durch den Interpellanten
- 8 Wahl der Ratsleitung; 12. Legislatur 2014 bis 2018; Amtsjahr 2017/2018
- 9 GRPK; Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018  
Ersatz für Heinrich Brändli, EVP
- 10 GRPK; Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018  
Ersatz für Christoph Fischbach, SP

Aus dem Gemeinderat entschuldigt sind:

Roman Walt, glp, Sven Heinzemann, SVP, Marco Vollenweider, FDP, sowie Karl Egg, SP

Tina Kasper und Silvan Eberhard, beide SVP, werden ein Bisschen später zu dieser Sitzung zu uns stossen.

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass die Einladung und die Unterlagen fristgerecht am 27. April 2017 verschickt worden sind. Auch die Aktenaufgabe ist ordnungsgemäss erfolgt.

Gegen die Traktandenliste liegen keine Änderungsanträge vor.

Bei der Wahl zur Ratsleitung ist es so, dass weil der Stimmenzähler Karl Egg nicht anwesend ist, wird René Roser dieses Amt übernehmen. Falls Tina Kasper, die die rechte Ratshälfte zählen muss, hier ist, macht sie dieses Amt, sonst ist Oliver Streuli der Ersatzstimmenzähler für diese Seite.

**1**

### **Protokollgenehmigung**

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung Nr. 19 vom 4. April 2017 ist in der vorgegebenen Zeit kein Einwand eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

## **2**

### **Mitteilungen**

Keine Mitteilungen aus der Ratsleitung.

Keine Mitteilungen aus dem Gemeinderat.

#### **Mitteilungen aus dem Stadtrat:**

Der Stadtrat hat mit seinem Beschluss 74-2017 vom 18. April 2017 die Kleine Anfrage von Irene Frischknecht, FDP, „Zustand und Unterhalt Fusswege zum Bahnhof Balsberg“ beantwortet. Die Antwort ist am 21. April per E-Mail an die Gemeinderäte verschickt worden. Die Kleine Anfrage ist somit erledigt.

### Interpellation; Roman Walt, glp; Auswirkungen neue Gebührenordnung Parkplatz Schluefweg Begründung durch den Interpellanten

Am 6.4.2017 ist die Interpellation „Auswirkungen neue Gebührenordnung Parkplatz Schluefweg“ von Roman Walt, glp, und einem Mitunterzeichner eingegangen.

#### Originalvorstoss:

Kurz nach der Neueröffnung des sanierten Freibades wurde im Sommer 2015 die Gebührenordnung auf den umliegenden Parkplätzen angepasst. Neu sind dies durchgehend gebührenpflichtige Parkplätze. Die Massnahme galt gemäss offizieller Begründung in erster Linie Langzeitparkierenden / widerrechtlich abgestellten Fahrzeugen (Publikation vom 25. Juni 2015). So sehr das Vorgehen auch aus ökologischer Sicht (Verminderung Anreiz motorisierter Individualverkehr (MIV) durch gebührenpflichtige Parkplätze) zu begrüssen ist, so stellt sich doch die Frage nach dem Nutzen bei ausbleibenden Anpassungen der Rahmenbedingungen. Bei über 70'000 Freibad-Eintritten muss zudem die Frage gestellt werden, ob durch die Anpassung nicht in erster Linie Einnahmen aus Parkplatzgebühren und Bussgeldern generiert werden, welche zulasten von Besuchern des Zentrums Schluefweg (im Sommer hauptsächlich Familien) gehen.

Die Freibadsaison 2017 steht vor der Türe, ich bitte den Stadtrat daher zur Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind nachweislich weniger Fahrzeuge widerrechtlich auf den Parkplätzen um das Zentrum Schluefweg abgestellt worden und welche Kosten (Abschleppen, Administration, etc.) konnten damit eingespart werden?
2. In welcher Höhe belaufen sich die Einnahmen durch Parkplatzgebühren und Bussgeldern auf den Feldern P2 bis P6i im 2015 und 2016, und welche Einnahmen werden fürs 2017 erwartet?
3. Haben sich die Verkehrsströme bezüglich Anreise zum Zentrum Schluefweg (Anteile MIV, ÖV, Fussgänger und Velo) seit Anpassung der Gebührenordnung verändert?
4. Wurden Massnahmen zur besseren Erreichbarkeit des Zentrums Schluefweg über den öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr geprüft?

### **Begründung durch den Interpellanten:**

Mathias Rieder; glp (Stellvertretend als Mitunterzeichner):

Unser Vorstoss bezieht sich auf die eingeführte Gebührenordnung auf den Parkplätzen rund um den Schluefweg im Sommer 2015. Dabei wird explizit auf die Belegung von Autofahrern verwiesen, die, ich zitiere: „Am Flughafen keine Parkgebühren zahlen wollen und teilweise ihr Fahrzeug wochenlang stehen lassen.“ Die neue Parkplatzbewirtschaftung ist eingeführt worden, weil, und ich zitiere nochmals: „Damit das Zentrum Schluefweg auch in Zukunft trotz Attraktivitätssteigerung freie Parkplätze anbieten kann.“ Beides sind Zitate aus der Publikation vom 25. Juli 2015. Im eingereichten Vorstoss geht es nicht um den Sinn und Unsinn von den Parkplatzgebühren, sondern viel mehr darum, ob das vom Stadtrat gewählte Instrument, die neue Parkplatzbewirtschaftung, dem eigentlichen Ziel gerecht wird. Also der vorhin erwähnten Verminderung dieser Dauerbelegung durch Fahrzeughalter, die am Flughafen nicht bezahlen wollen. Darum stellen wir in unseren ersten zwei Fragen die Bedeutung, Fragen zur Bedeutung, der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit von diesen Massnahmen. Weiter betrifft die neue Bewirtschaftung nicht nur die Dauerparkierer, sondern alle Benutzer des Schluefwegs. Die angesprochene Attraktivitätssteigerung durch die Sanierung der Badi sowie der Seilpark locken viele Familien. Nicht nur aus Kloten, sondern auch aus der Region. So ein Weg in die Badi kann zu einem echten Kampf werden. Eine Anreise mit dem Auto ist einfach praktischer, als Kind und Kegel samt Liegestuhl in die ÖV zu packen, vor allem wenn man noch umsteigen muss. Und gerade noch für Besucher mit beeinträchtigter Mobilität ist die Anreise zum „Schluef“ nicht ideal. Die weit entfernte Bushaltestelle, die nur über Treppen – jedenfalls im näheren Bereich zu der SBB-Unterführung – oder die fehlende Anbindung an den regionalen Busverkehr sind ein paar Beispiele. Darum unsere beiden nächsten Fragen, zu dieser Prüfung von flankierenden Massnahmen im ÖV und der Effekt von der Umstellung der Verkehrsflüsse. Auf die Nutzung der ÖV ist auf die Publikation vom 25. Juni hingewiesen worden. Bei den Verkehrsflüssen geht es uns nicht um eine statistische Aufstellung und umfangreiche Verkehrszählung – dafür ist es heute zu spät. Einschätzungen von den zuständigen Stellen, ob jetzt mehr, weniger oder gleich viel Personen mit dem Auto oder mit den ÖV anreisen, als vor der neuen Bewirtschaftung, reicht uns.

### **Keine Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:**

### **Wortmeldungen aus dem Stadtrat:**

Priska Seiler Graf, Ressortvorsteherin Sicherheit

Wir werden diese Interpellation innert nützlicher Frist schriftlich beantworten. Und ich bin froh, verlangt ihr nicht wirklich statistische, genaue Verkehrserhebungen, weil dies wäre sehr aufwändig. Wenn eine Einschätzung auch reicht, dann fällt mir gleich etwas ein Stein vom Herzen.

Für eine Interpellation ist keine Überweisung notwendig.

## Interpellation; Peter Nabholz (FDP); Energieförderprogramme / Energiestadtlabel / Energiefonds Begründung durch den Interpellanten

Am 12.4.2017 ist die Interpellation „Energieförderprogramme / Energiestadtlabel / Energiefonds“ von Peter Nabholz, FDP, und diversen Mitunterzeichnern eingegangen.

### Originalvorstoss:

Am 4. September 2012 hat der Gemeinderat den Rahmenkredit für das Energieförderprogramm 2013-2016 als Gegenvorschlag zur kommunalen Volksinitiative „Umweltschutz konkret“ genehmigt. Gegenstand dieses Rahmenkredites war die Lancierung eines Gebäudesanierungsprogrammes. Bezugnehmend auf diesen Beschluss hat der Stadtrat in der Folge die Verordnung über die Förderung von energieeffizienten Massnahmen in der Stadt Kloten (EnVO) revidiert.

Im Jahre 2009 erreichte Kloten im „Energiepolitischen Profil“ des Energiestadtlabels, das den Ausschöpfungsgrad des energiepolitischen Handlungspotenzials misst, 57%. 2013 waren es 54%.

Für die Rezertifizierung des Energiestadtlabels muss eine Gemeinde mindestens 50% erreichen.

Der Gemeinderat hat zu Beginn der laufenden Legislatur am 3. Februar 2015 in den strategischen Leitlinien 2014-2018 die beiden Hinweise „Energiestadt“ und „Entwicklung in Richtung einer 2000-Watt-Gesellschaft“ gestrichen.

Die städtischen Energieförderprogramme als massgeblicher und integrierender Bestandteil der EnVO sind ausgelaufen bzw. nicht genehmigt oder verlängert worden. Am 7. Juli 2015 erteilte der Gemeinderat dem Mobilitätskonzept in der städtischen Verwaltung eine Abfuhr. Der für eine 3-jährige Testphase beantragte Rahmenkredit wurde nicht genehmigt. In der Budgetdebatte vom 6. Dezember 2016 hat der Gemeinderat die vom Stadtrat im Voranschlag 2017 beantragten finanziellen Mittel für das Energieförderprogramm 2017 (CHF 150'000) und die Rezertifizierung des Energiestadtlabels (CHF 50'000) gestrichen. Dies aufgrund der festzustellenden geringen Wirkung von solchen einseitig auf der Subventionsschiene aufgelegten Programmen und weil Kloten auch ohne administrativ aufgeblähte Papiertiger von Labels und Zertifikaten eine energetisch vorbildliche Stadt sein kann.

Wie im Klotener Anzeiger vom 23. Februar 2017 publiziert, wird ungeachtet der wiederholten, inhaltlich klaren Beschlüsse des Gemeinderates als Volksvertretung unter dem Titel „Energiefonds“ ein neues Förderinstrument ins Leben gerufen und die Energiestadtkommission damit beauftragt, einen Vorschlag für die Verwendung der finanziellen Mittel aus der Rückverteilung der CO2-Abgabe auszuarbeiten.

Wir stellen dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wird dem Gemeinderat ein Abschlussbericht zum Energieförderprogramm 2013-2016 vorgelegt?
2. Warum wurde das Energieförderprogramm 2017 nicht in einer Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet, sondern einfach in den Voranschlag 2017 eingestellt?

3. Wie geht der Stadtrat mit dem gemeinderätlichen Entscheid um, die finanziellen Mittel für das Energieförderprogramm 2017 und für die Rezertifizierung des Energiestadtlabels aus dem Voranschlag 2017 zu streichen?
4. Erreicht Kloten aktuell die für eine Rezertifizierung nötigen 50% im „Energiepolitischen Profil“ des Energiestadtlabels?
5. Ist für den Ausstieg aus dem Energiestadtlabel eine Kündigung durch den Stadtrat nötig?  
Falls ja, welche Fristen sind zu berücksichtigen?
6. Wird das Energiestadtlabel durch den Verein „Energistadt“ entzogen, sobald keine oder zu wenig ausreichende Aktivitäten mehr stattfinden?
7. Mit welcher Grundlage übergibt der Stadtrat der Energiestadtkommission nachwievor die Kompetenz, weitere Förderinstrumente wie den „Energiefonds“ auszuarbeiten, obwohl der EnVO mit der Nicht-Genehmigung der oben erwähnten Budgetpositionen 2017 die finanzielle Grundlage entzogen wurde?
8. Wie wurde die Rückverteilung der seit 2008 erhobenen CO2-Abgabe in den Jahren 2008-2016 verbucht bzw. verwendet und wie hoch waren die jährlichen Beträge?
9. Welche energiepolitischen Massnahmen sind durch den Stadtrat bzw. die Energiestadtkommission aktuell in Planung und in welchem finanziellen Umfang?

## Begründung durch den Interpellanten:

Peter Nabholz; FDP:

Der Gemeinderat hat zu Beginn der laufenden Legislatur am 3. Februar 2015 in den strategischen Leitlinien 2014 bis 2018 die beiden Hinweise „Energiesstadt“ und „Entwicklung in Richtung einer 2000-Watt-Gesellschaft“ gestrichen. Die beiden bürgerlichen Fraktionen FDP und SVP/EDU haben in den letzten Jahren viel Zeit damit verbracht, Förderprogramme um das Energielabel zu analysieren und haben festgestellt, dass weitere budgetierte Kosten im Bereich Energiestadtlabel und ein neues Förderprogramm für das 2017 in der Budgetdebatte zurückzuweisen sind. Es ist klar, dass wir damit keine, lediglich Kosten, nicht aber das Energielabel an und für sich gestrichen haben. Aber, wenn man als Volksvertreter einem Programm oder einem Label die Mittel entzieht, dann ist es nicht mehr ordentlich finanziert. Und damit habe ich eigentlich erwartet, dass zusätzlich in der Eingangs erwähnten Streichung, von den Hinweisen „Energiesstadt“ und „2000-Watt-Gesellschaft“ in den strategischen Leitlinien vom Stadtrat schon länger von sich aus, hätte sollen strategisch und nachhaltig nach einer Lösung suchen müssen. Als ich dann im Klotener Anzeiger von Mitte Februar gelesen habe, dass der Stadtrat dann die Rückverteilung von den CVP-Abgaben – nein, Entschuldigung – von den CO<sup>2</sup>-Abgaben natürlich, wieder outsourcet, also der Energiestadtkommission gibt, hat es mir sämtliche Haare, die ich noch habe, aufgestellt. Es geht um eine Rückverteilung von CO<sup>2</sup>-Abgaben, die aufgrund des Verteilfaktors von Kloten CHF 26'000.00 ergeben. In der Rechnung 2016 ist die erwähnte CO<sup>2</sup>-Rückverteilung gar nicht ertragswirksam gebucht worden. Nein, der Betrag ist gleich direkt in die Bilanz bei „Energiefonds“ gebucht worden. Das ist meiner Meinung nach nachweislich falsch, gibt doch das Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor klar vor, dass Posten zuerst als Einnahme unter Ertrag eingebucht werden müssen, und nicht wie passiert, intransparent direkt auf die Bilanz und auf einer Spezialfinanzierung namens „Energiefonds“ gebucht wird, wo sie ertragsneutral bleiben. Bei der jetzt vom Stadtrat gemachten Lösung würden Auszahlungen wieder über das Bilanzkonto „Energiefonds“ ausbezahlt. Und das ist nicht transparent. Wir haben mit der Energiestadtkommission in Kloten neben dem Stadtrat ein weiteres Entscheidungsgremium, welches im gewissen Masse die Kompetenz hat im Bereich Finanzen und das von sich aus Projekte anschieben kann. Das finde ich sehr, sehr speziell. Am 4. September 2012, vielleicht mögt ihr euch noch besinnen, haben wir uns hier drin unterhalten betreffend dem Gegenvorschlag des Stadtrates zur Volksinitiative „Umweltschutz konkret“ von den Grünen. Damals hat es geheissen: „Der finanzielle Aufwand für einzelne Massnahmen wird im Rahmen der Erarbeitung des 4-Jahresprogrammes ermittelt werden. Die Massnahmen werden dabei von einer breit abgestützten Energiestadtkommission definiert und dem Stadtrat vorgeschlagen.“ Für die Arbeit der Energiestadtkommission ist damals als Anfang CHF 50'000.00 eingebracht worden. Das 4-Jahresprogramm ist letztes Jahr abgeschlossen worden. Warum hat die Energiestadtkommission nach wie vor Kompetenzen, wenn ihr die finanzielle Grundlage entzogen worden ist? In der Verordnung über die Förderung von energieeffizienten Massnahmen in der Stadt Kloten steht, dass der GRPK jährlich ein Bericht über die verwendeten Mittel zu erstatten ist. Auch dies ist meines Wissens nie gemacht worden. Also, ein Bericht der Energiestadtkommission würde allfällig vieles klären, was sie alles machen. Bis anhin ist es ein bisschen unklar. Meine Frage 7 zielt genau auf diesen Sachverhalt ab. Es geht um das Prinzip und um die Transparenz gegenüber dem Steuerzahler. Zurück zum Energiestadtlabel: Glauben Sie, dass die Stadt Kloten nach einer allfälligen Rückgabe, allfälliger Kündigung des Energielabels im Bereich energetische Gebäudevorschriften anders vorgehen wird als heute? Ich präsentiere Ihnen gerne zwei Beispiele und zwei Beweise dafür, dass dies nach wie vor auch später so wird weitergehen. Als erstes Beispiel müssen wir uns die städtischen Vorlagen anschauen für Schulhäuser, für öffentliche Gebäude. Sie werden jeweils energetisch und energieeffizient vorbildlich erstellt. Als zweites: Die Bauabteilung der Stadt wird auch in Zukunft durch die Verdichtung im Zentrum viele Gestaltungspläne aufgleisen. In sämtlichen von den heutigen Gestaltungsplänen sind die Absichten des Stadtrates klar erkennbar. Alle Bauprojekte müssen mit nachhaltigem Umgang bezüglich Energie und Ressourcen projektiert werden. Als Beweis darf ich Ihnen allfällig auch die Homepage

des Vereins Energielabel ans Herz legen. Die haben folgenden Satz, ich zitiere: „Solange erfahrene und engagierte Exekutivmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende in der Gemeinde weiterarbeiten, bleibt die Energie- und Klimapolitik auch ohne Label verankert.“ Die ist aus der Homepage des Vereins Energielabel und nicht von der OPEC. Ein zweiter Beweis: Pfäffikon, Zollikon und Hittnau haben den Austritt aus dem Energiestadtlabel gemacht. Im Falle von Pfäffikon ist das Label Energiestadt einer kritischen Prüfung unterzogen worden. Der dortige Gemeinderat hat entschieden, inskünftig auf dieses Label zu verzichten. Auch heute ist in diesen Leitbildern noch zu lesen, „Pfäffikon trägt der Natur und der Umwelt Sorge und fördert eine nachhaltige Entwicklung.“ Es geht auch ohne. Die städtischen Energieförderprogramme sind ein massgeblicher und integrierter Bestandteil der Energieverordnung von der Stadt Kloten. Drei von vier sind ausgelaufen und werden nicht mehr genehmigt. Die Energiegenossenschaft Kloten ist bekanntlicherweise aufgelöst worden. Die Einführung von einem Mobilitätskonzept für die Verwaltung ist 2015 am Parlament gescheitert und das Förderprogramm 2017 ist im Budget 2017 vom Gemeinderat gestrichen worden. Das Energielabel hat darum kein bedürftiges Fleisch mehr am Knochen. Lassen Sie mich zu den Fragen kommen.

1. Wird dem Gemeinderat ein Abschlussbericht zum Energieförderprogramm 2013 /2014 vorgelegt?
2. Warum ist das Energieförderprogramm 2017 nicht in einer Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet worden, sondern einfach in den Voranschlag 2017 eingestellt worden?
3. Wie geht der Stadtrat mit dem gemeinderätlichen Entscheid um, die finanziellen Mittel für das Energieprogramm 2017 und für die Rezertifizierung des Energiestadtlabels aus dem Voranschlag zu streichen?
4. Erreicht Kloten aktuell die für die Rezertifizierung nötigen 50% von dem „Energiepolitischen Profil“ des Energiestadtlabels?
5. Ist für den Ausstieg aus dem Energiestadtlabel eine Kündigung durch den Stadtrat nötig? Falls ja, welche Fristen sind zu berücksichtigen?
6. Wird das Energiestadtlabel durch den Verein „Energiestadt“ entzogen, sobald keine oder nur wenig ausreichende Aktivitäten mehr stattfinden, wie es jetzt der Fall ist?
7. Mit welcher Grundlage, ich habe es vorhin erwähnt, übergibt der Stadtrat der Energiestadtkommission nach wie vor die Kompetenz, weitere Förderprogramme und Förderinstrumente auch wenn sie in die staatliche CO<sup>2</sup>-Abgabe hinein kommen, wie den „Energiefonds“, der falsch verbucht ist, auszuarbeiten?
8. Wie ist die Rückverteilung von der seit 2008 erhobenen CO<sup>2</sup>-Abgabe in den Jahren 2008 bis 2016 verbucht bzw. verwendet und wie hoch waren die jährlichen Beträge?
9. Welche energiepolitischen Massnahmen sind durch den Stadtrat bzw. durch die eben erwähnte Energiestadtkommission aktuell in Planung und in welchem finanziellen Umfang?

Meiner Meinung nach kann Kloten auch ohne Energielabel und ohne Förderprogramm energetisch vorbildlich leben. Mit dieser Antwort möchte ich die Grundlagen dazu haben, dass das nicht mit einem Label, sondern weiterhin nachhaltig erreicht werden kann.

## Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:

Thomas Bieri, CVP:

Wieder einmal mehr sind die energiefreundlichen Massnahmen und Bestrebungen in Kloten energiefreundlich zu Gestalten, ein Thema hier im Gemeinderat. Und leider muss man sagen, wieder auf eine kritische Art und Weise, nämlich um das alles kritisch zu hinterfragen oder gar zu verhindern. Welche unrühmlichen Geschichten wir hier bereits erlebt haben, haben wir ja vorhin von Peter Nabholz [FDP] ausgeführt bekommen. Und offenbar geht das Trauerspiel einfach dementsprechend weiter. Ich möchte eine Anmerkung, die mir wichtig erscheint von dieser Interpellation, aufgreifen. Das ist der angesprochene Energiefonds, auf den vorhin auch Peter Nabholz [FDP] eingegangen ist. Der Energiefonds ist ja kürzlich vom Stadtrat initiiert worden und man muss da einfach deutlich auch klar machen, dass da rein von der Finanzierung her ein völlig anderes Modell dahinter steht als beim Energielabel oder beim Energieförderprogramm, das wir im Budget diskutiert haben. Es geht da nicht darum, dass Kloten irgendwie jetzt Gelder einsparen könnte. Sondern das sind, wie das gesagt worden ist, eben Rückvergütungen – nicht von der CVP aber von den CO<sup>2</sup>-Abgaben. Und das ist Geld, das vom Bund kommt und gesprochen wird, das man nun sinnvoll einsetzen kann, eben wieder für energieförderliche Massnahmen. Diese Haltung zeigt aber eines umso deutlicher, nämlich, dass die Interpellanten und Mitstreiter die Energieförderung in Kloten offenbar einfach nicht stattfinden lassen wollen, dass dies an einem ganz kleinen Ort stattfinden soll. Die Haltung könnte in diesem Sinne klarer nicht sein. Wir haben es mal mit einer Interpellation zu tun, wie das gesagt wurde. Es ist nicht eine Motion, die das Ganze irgendwie bachab schickt bereits mit dem Label oder mit der Energieförderung. Wir können also noch darauf hoffen, dass diese ganze Geschichte in diesem Sinne ein bisschen eine wundersame Wende nehmen wird und dass wir darauf hoffen können, dass dieses Label tatsächlich noch gerettet wird. Also nicht, dass wird dann da als Vorreiter quasi dastehen, als Stadt die irgendwie dann als erstes aus diesem Label austreten wird. Weiter ist auch zu hoffen, dass eben die Energiepolitik ganz im Sinne der Energiestrategie 2050 – wie das ja jetzt auch auf Bundesebene zur Abstimmung kommen wird – dass wir da sinnvoll in Kloten Massnahmen treffen können. Ganz in diesem Sinne, weil dieser Zusammenhang besteht da mit diesen Energieförderprogramme und dem Energielabel. Ich hoffe also, dass Klotenerinnen und Klotener sehen, dass da die Interpellanten und die Mitstreiter völlig auf dem Holzweg sind und dass auch die Empörung, die wir letztes Mal miterlebt haben an der Budgetdebatte von Priska Seiler Graf, dass diese völlig berechtigt ist. Man kann wirklich sagen, man muss eigentlich den Kopf schütteln und sagen: So nicht!

Reto Schindler, Grüne:

In der von den SVP- und FDP-Fraktionsmitglieder unterzeichneten Interpellation Energieförderprogramme / Energiestadtlabel / Energiefonds wird unserer Meinung nach sehr vieles vermischt. Man merkt auch, dass es langsam aber sicher wieder auf die Wahlen zugeht. Dazu findet am 21. Mai auch die nationale Abstimmung über das Referendum gegen die vom Bundesparlament beschlossene Energiestrategie 2050 statt. Genau jetzt zeigt man sich im konservativen Block wieder kampfbereit und möchte den Errungenschaften im Bereich nachhaltiger Energiepolitik mit rein ideologisch gefärbten Alibiübungen wie dieser Interpellation entgegentreten. Wir von der Grünen-Fraktion haben in dieser Legislatur schon öfters erleben müssen, dass wir von der Seite der konservativen Mehrheit im Parlament unsere Errungenschaften im Bereich Umweltpolitik, nachhaltiger Energiepolitik und auch in der Familienpolitik nicht nur in Frage stellt, sondern umgehend zerstören möchte. Konkrete Lösungsansätze aus den Reihen der Parlamentsmehrheit sind bis jetzt aber immer ausgeblieben. Nein, man konzentriert sich darauf, unsere Strategien, die grösstenteils auch vom bürgerlich dominierten Stadtrat getragen werden, als religiöse Meinungsmache darzustellen. In der Energiepolitik geht es überhaupt nicht um eine Glaubensfrage. Es ist eine wissenschaftlich erwiesene Tatsache, dass sich unser Lebensraum und das Klima durch den Einfluss von uns Menschen verwandelt oder besser gesagt, sogar notiert hat. Der Stadtrat ist das strategische Führungsgremium dieser Stadt. Er nimmt diese Tatsachen ernst und passt seine Strategie aufgrund von auch auf nationaler Ebene beschlossenen

Massnahme gegen den Klimawandel an und hat uns im Namen des Voranschlags 2017 die benötigten finanziellen Mitteln zur Bewilligung vorgelegt. Die Mehrheit bestehend aus FDP und SVP hat diese Mittel gestrichen und möchte, dass die Stadt Kloten keinen Beitrag an eine nachhaltige Energiepolitik leistet. Darum hat der Stadtrat im Rahmen seiner eigenen finanziellen Kompetenzen seine Lösungsansätze angepasst. Die finanziellen Kompetenzen hat er sich ja nicht selbst gegeben, sie sind mit der Gemeindeordnung von einer Volksmehrheit abgesegnet worden. Liebe Kollegen aus den beiden genannten Fraktionen, ich möchte euch jetzt einmal eine Frage stellen: Warum reicht ihr eine Interpellation wie diese ein, anstatt endlich einmal Nägel mit Köpfen einzuschlagen? Ihr habt die parlamentarischen Instrumente, die euch die Möglichkeit geben würden, der energiepolitischen Strategie des Stadtrates endgültig einen Riegel zu schieben. Ihr könntet beispielsweise eine Motion einreichen, die es am Stadtrat verbietet, weiterhin das Energiestadtlabel oder ein Energieförderprogramm anzustreben. Die Mehrheit für eine Überweisung habt ihr ja. Darum hatte ich am Anfang meines Votums auch von einer Alibiübung gesprochen. Es liegt jetzt ganz alleine an euch, endlich Verantwortung zu übernehmen und konkret zu werden. Aber eben, in knapp einem Jahr sind ja wieder Wahlen und darum möchte man lieber auf dem Stadtrat herumhacken und ihn und die Verwaltung mit den Fragen beschäftigen, die ihr euch grösstenteils auch selber beantworten könnt, anstatt selbst einmal den Pickel in die Hand zu nehmen.

Christoph Fischbach, SP:

Meine beiden Vorredner haben vieles schon auf den Punkt gebracht. Da kann ich nur noch sagen, dass ist absolut alles korrekt, was gesagt worden ist. Weil es geht wirklich darum, die SVP und FDP, oder FDP / SVP, in welcher Reihenfolge spielt eigentlich keine Rolle, kann man sagen, haben aus meiner Sicht oder meiner Wahrnehmung etwa drei Themen. Das ist einerseits das zwanghafte Sparen um jeden Preis und alles, jegliche moderne Energiepolitik versuchen zu liquidieren und dann noch Verkehrssünder zu schützen. Es geht alles ins Gleiche hinein, aus lauter zwanghaftem Sparwahn, obwohl man weiss, dass man keinen grossen Spielraum hat, will man auf die Kleinbeträge, sprich zum Beispiel die ganze Geschichte mit dem Energielabel. Das ist alles miteinander verknüpft. Wie der Reto [Schindler Reto, Grüne] richtig gesagt hat, ist absolut inkonsequent, weil da eine Interpellation zu machen, ist in meinen Augen Nonsense. Sagt was ihr wollt, das wissen wir alle mittlerweile. Ihr wollt das Energielabel kippen, dann steht dazu, macht einen Vorstoss und sagt, die Mehrheit des Gemeinderates möchte das nicht. Nicht in diesem Sinne das Gefühl haben, mit euren giftigen Fragen da den Stadtrat soweit zu treiben, dass sie dann das Label verlieren, weil man die Vorgaben nicht mehr erfüllt. Sondern steht vorne hin, voraus gehen, sagt, wir wollen eine rückständige, hinterwäldlerische Gemeinde sein. Ist eigentlich egal, ob es schon einmal Gemeinden geben hat, die da zurück- oder ausgetreten sind oder nicht – oder herausgeschmissen wurden. Aber es ist wirklich ein Zeichen, dass das absolut, aus meiner Sicht, imageschädigend ist. Ich kann mir vorstellen, der Stadtrat und der Stadtpräsident sehen das auch so, dass solche, wenn man so ein Energielabel aufgibt oder austritt, sehr imageschädigend ist für Kloten. Und das ist denke ich, ganz, ganz schlecht. Und nochmals eben auch zum Inhalt dieser Fragen, die eine Frage über den ominösen Energiefonds. Da geht es ja darum, dass das Geld vom Bund zurückkommt, für was es ja verwendet wird. Der Stadtrat möchte ja das Geld für energetische Massnahmen bei den eigenen Liegenschaften der Stadt Kloten verwenden. Um das herum, komische Fragen stellen in diesem Zusammenhang, finde ich also sehr speziell.

Mathias Rieder, glp:

Irgendwo muss ich Nabi [Nabholz Peter, FDP] und seinen Leuten schon recht geben. Ein Label alleine nützt schon nichts, das ist schon klar. Ich habe eigentlich schon immer gesagt oder ich habe es auch im kleinen Kreis manchmal gesagt – ja dieses Label muss man beleben, sonst bringt das gar nichts. Darum, mir wäre es eigentlich von dem her mehr oder weniger egal, ob wir diesen haben oder nicht. Aber, oder wenn wir ihn haben, dann müssen wir ihn beleben. Dort fehlt es ja dann auch irgendwie am Geld. Das ist ja nicht so, dass dieser einfach belebt wird mit Leuten. Man muss halt ein bisschen finanzielle Mittel in die Hand nehmen. Du

hast ja gesagt, dass der Bericht, der hier ab und zu hätte erstellt werden müssen jedes Jahr, dass das nicht gemacht worden ist. Warum hast du dann nicht früher interveniert? Es wäre vielleicht an der GRPK gewesen, da zu intervenieren und dass man wirklich darauf pocht. Wenn man jedes Jahr den Bericht will, dann muss man ihn halt jedes Jahr verlangen. Und wenn er nicht kommt, dann muss man halt aktiv werden. Aber einfach jetzt, eben wie man sagt, jetzt geht es etwas auf die Wahlen zu, zu sagen ja, okay, wir haben in den ganzen Jahren den Bericht vermisst, finde ich ein bisschen schwach. Schulhäuser hast du gesagt; energetisch vorbildlich gebaut. Ich mag mich erinnern, ich habe einmal ein Provokationsbegehren eingegeben, das dann abgeschmettert worden ist von der rechten Ratshälfte. Provokationsbegehren, dann hätte man auch das Schulhaus richtig sanieren können, man hätte es billiger machen können, man hätte es viel effizienter sanieren können. Ich weiss nicht genau, wieso dass ihr das abgelehnt habt, es wäre durchaus wenigstens eine Möglichkeit gewesen. Das Provokationsbegehren habe ich 2011 eingegeben. Ich mag mich erinnern, nein man möchte jetzt dieses Jahr nicht warten, weil es geht dann zu viel Zeit ins Land. Jetzt ist 2017, jetzt wird es angefangen zu bauen. Ich denke mal, man hätte dies nicht gross verzögert, die ganze Sache. Und es wäre einen Versuch wert gewesen. Du sagst nicht erreichte Aktivitäten. Also ich bekomme jetzt 250'000 Liter pro Jahr; 20 Jahre, das gibt etwa 5 Millionen Liter Heizöl oder Öl. Ich möchte schon sagen, dass man gewisse Aktivitäten da schon gewisse Sachen erreicht hat. Und so wie du sagst, dass es am Schluss ausgelaufen ist, das ist nicht so. Du hast dort falsche Zahlen gehabt. In der Budgetsitzung – schon in der Letzten habe ich leider im Protokoll nachlesen müssen, da ich nicht dabei gewesen war. Es ist nicht so, dass die Aktivitäten schwer gelitten haben, es wird ja immer noch Geld ausgezahlt. Es kann jetzt bis am 31.12.2018 Geld ausgezahlt werden. Und es ist gar nicht so viel nicht in Anspruch genommen worden. Ihr habt ja beide oder Beat [Vorburger Beat, FDP] hat damals gefragt, dass in den 4 Jahren muss jährlich das Budget in Anspruch genommen werden, sonst verfällt es. Man hat also nicht einen Fonds äufnen können zum Beispiel, was durchaus Sinn gemacht hätte. Zum Schluss freut es mich natürlich, dass du Nabi [Nabholz Peter, FDP] gerade vorhin gesagt hast, dass du in Zukunft nachhaltige Energiepolitik machen willst. Ohne Label. Aber ich nehme dich dann beim Wort, nachhaltige Energiepolitik ist das, was du uns da heute gesagt hast – wunderbar.

**Wortmeldungen aus dem Stadtrat:**

Priska Seiler Graf, Ressortvorsteherin Sicherheit:

Ja der Stadtrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten innerhalb der gesetzten Frist und er wird sich wirklich Mühe geben, genau zu antworten, ausführlich zu antworten. Durchaus sind da auch noch einige Klärungen nötig. Es ist ja auch sehr ein breiter Fächer an Fragen. Und bitte verzeiht mir, er wird es nicht unterlassen können, auch einen kleinen Exkurs zu machen in Sachen Gewaltenteilung.

Auch für diese Interpellation ist keine Überweisung notwendig.

Interpellation; Roland Lieb (SVP); Kosten der gemieteten semistationären Geschwindigkeitsmessenanlage

Begründung durch den Interpellanten

Am 21.4.2017 ist die Interpellation „Kosten der gemieteten semistationären Geschwindigkeitsmessenanlage“ von Roland Lieb, SVP, und verschiedenen Mitunterzeichnenden eingegangen.

**Originalvorstoss:**

Aus dem Stadtanzeiger vom 30. März 2017 habe ich erfahren, dass die Stadt Kloten ein semistationäres Geschwindigkeitsmessgerät für drei Jahre gemietet hat. Diese Miete wurde ausserhalb des Vorschlages 2017 in der Kompetenz des Stadtrates getätigt. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Gemäss den Bildern des Herstellers im Internet wird die Messanlage mit einem Anhänger transportiert. Gehört der Anhänger zum Lieferumfang und ist dieser im publizierten Mietpreis von SFr. 29989.- eingeschlossen?
- 2.) Mit welchem Zugfahrzeug wird der Anhänger gezogen? Sind an diesem Zugfahrzeug technische Anpassungen nötig? Wenn ja, welche und wie hoch werden die Kosten sein?
- 3.) Was kosten die Versicherung und die Verkehrsabgabe für den Anhänger pro Jahr? Wird die Messanlage auch versichert? Wenn ja, wie hoch ist die Versicherungsprämie?
- 4.) Sind geplante Wartungskosten für die Messanlage oder den Anhänger zu erwarten? Wenn ja, in welcher Höhe?
- 5.) Sind Kurse für das Personal bezüglich der Handhabung der Messanlage nötig? Wenn ja, sind Kosten zu erwarten?
- 6.) Wird die Messanlage an 365 Tagen im Jahr an den Strassen in Kloten eingesetzt werden? Wenn nein, wo wird das Gerät gelagert? Fallen Kosten für eine mögliche Lagerung (Parkplatz oder Garagenmiete) an?
- 7.) Was würde die Miete einer gleichwertigen Messanlage kosten, wenn man diese bei der Kantonspolizei für eine Woche oder einen Monat mieten würde?
- 8.) Gemäss dem Artikel im Stadtanzeiger soll die Anlage hauptsächlich in den 30er Zonen für mehr Sicherheit eingesetzt werden. Konnte die Sicherheit in diesen Zonen in den letzten Jahren nicht gewährleistet werden? Wie sehen die Unfallstatistiken dies bezüglich aus?

## Begründung durch den Interpellanten:

Roland Lieb; SVP:

Vornweg: Ich bin immer noch emotional aufgewühlt, tief enttäuscht und frustriert. Es fällt mir recht schwer, sachlich zu bleiben. Aus dem Stadtanzeiger habe ich erstaunt feststellen müssen, dass der Stadtrat beschlossen hat, ein semistationäres Radarmessgerät für drei Jahre zu mieten. Und dies für CHF 29'989.00 pro Jahr. Die bürgerlichen Gemeinderäte haben einen Kredit für ein neues Radargerät mehrmals aus dem Budget gestrichen und sich klar darüber geäußert, dass Kloten so ein Gerät nicht braucht. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen haben auch klar gesagt, dass so ein Gerät für ein paar Tage, vielleicht eine Woche gemietet werden kann, um die Spitze der Verkehrskontrolle zu brechen. Ich bin enttäuscht, dass die Mehrheit des Stadtrates dieser Miete zugestimmt hat. Der Stadtrat hat sich klar gegen den Entscheid des Gemeinderates gestellt. Ich finde dies unkollegial und undemokratisch. Immer wieder sprechen mich Leute vor Abstimmung an und sagen: Die in Bern machen sowieso immer was sie wollen. Und immer wieder habe ich diesen erklärt, dass in unserer Demokratie keiner macht, was er will. Ab heute muss ich aber dieses Recht geben – dies passiert nicht nur in Bern, sondern nun auch hier bei uns in Kloten. Wir alle im Rat sind Vertreter von Klotener Wählern. Und wenn wir die Mehrheit im Rat finden, so vertreten wir auch die Mehrheit der Klotener Wähler. Der Entscheid, ein Radargerät zu mieten, ist darum klar gegen den Willen der Klotener Bevölkerung gemacht worden. Ich bin frustriert, dass wir Gemeinderäte unsere Freizeit für das Wohl der Klotener Bevölkerung investieren und trotz einer Mehrheit dann vom Stadtrat hintergangen werden. Diese Art Politik schafft kein Vertrauen, im Gegenteil: Sie zwingt den Gemeinderat, kritischer gegenüber dem Stadtrat zu werden. Ich habe mit den Vertretern aus dem bürgerlichen Lager gesprochen, alle sind vor den Kopf gestossen. Und einer hat mir gesagt, dass er wegen diesem Stadtratsentscheid seine Kandidatur zur Wiederwahl überdenkt. Er hat gemeint: Was machen wir hier eigentlich? Wir schlagen uns Abende lang mit dem Budget herum, finden bei einem Streichantrag die Mehrheit und der Stadtrat fällt uns in den Rücken, in dem er für drei Jahre einen unverhältnismässigen Mietvertrag eingeht. Bei einer Miete von CHF 29'989.00 haben bei mir alle Alarmglocken geläutet. Ganze CHF 11.00 machen es noch aus, dass der Stadtrat CHF 30'000.00 erreicht hätte und die Kompetenz für diese Miete nicht mehr gehabt hätte. Anders gesagt, wenn man eine Autobahnvignette an den Anhänger kleben würde, hätte der Stadtrat bereits keine Kompetenz mehr, diesen Mietvertrag einzugehen. Darum habe ich eine Interpellation erstellt und stelle folgende Fragen an den Stadtrat:

- Gehört der Anhänger zum Lieferumfang und ist dieser im Mietpreis von CHF 29'989.00 eingeschlossen?
- Mit welchem Zugfahrzeug wird der Anhänger gezogen? Sind an diesem Zugfahrzeug technische Anpassungen nötig? Wenn ja, welche und wie hoch werden die Kosten sein?
- Was kosten die Versicherung und die Verkehrsabgabe für den Anhänger pro Jahr? Wird die Messanlage auch versichert? Wenn ja, wie hoch ist die Versicherungsprämie?
- Sind geplante Wartungskosten für die Messanlage oder für den Anhänger zu erwarten? Wenn ja, in welcher Höhe?
- Sind Kurse für das Personal bezüglich der Handhabung des Messgerätes nötig? Wenn ja, was kostet dies?
- Wird die Messanlage an 365 Tagen im Jahr an den Strassen von Kloten eingesetzt? Wenn nein, wo wird das Gerät gelagert? Fallen auch hier Kosten für die Lagerung wie Parkplatz- oder Garagenmiete an?
- Was würde die Miete von einer gleichwertigen Messanlage kosten, wenn man diese zum Beispiel bei der Kantonspolizei für eine Woche oder für einen Monat mieten würde?
- Gemäss dem Artikel im Stadtanzeiger soll die Anlage hauptsächlich für die 30er-Zonen für mehr Sicherheit eingesetzt werden. Hat man bis heute die Sicherheit in diesen Zonen nicht gewährleisten können? Gibt es da Unfallstatistiken?

Ich bin sehr gespannt auf die Antwort des Stadtrates.

## Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:

Reto Schindler, Grüne:

Ich möchte mich in diesem Votum kurz halten und habe einfach einen kleinen Hinweis an die Mitglieder der Fraktionen, die diese Interpellation unterzeichnet haben. Dazu habe ich die Wahlwerbung der letzten Gemeinderatswahlen hervorgegraben und bin auf den Unterlagen der FDP und auf der Homepage der SVP auf folgende Aussagen gestossen: Auf dem Faltblatt der FDP Kloten steht geschrieben: „Wir stehen ein für ein gepflegtes Kloten, wo die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität genießt.“ Und auf der Homepage der Stadt Kloten steht geschrieben: „Mehr Sicherheit, weniger Kriminalität, der Schutz des Bürgers und seines Eigentums hat Priorität.“ Ich hoffe sehr, dass damit auch die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmern, vor allem auch von den Kindern auf dem Schulweg gemeint ist.

Christoph Fischbach, SP:

Ich habe gedacht, seit Rachel Grütter nicht mehr im Gemeinderat ist, seien die emotionalen Gefühlswallungen von der rechten Seite etwas wieder auf ein gesundes Mass hinunter gekommen, dass man sachlich redet, um was es geht. Der Parteipräsident hat etwa dasselbe in seinem Leserbrief am 27. April geschrieben, wie es Roli [Lieb Roland, SVP] auch noch mündlich zum Besten gegeben hat. Ich denke, um was geht es: Von Politikverdrossenheit in diesem Zusammenhang zu sprechen und die machen was sie wollen und wir sind die Volksvertreter alleine nur wir vom Gemeinderat und alles – das stimmt nicht. Der Stadtrat ist auch vom Volk gewählt. Das sind auch Volksvertreter. Und in der Gemeindeordnung hat jeder seine Finanzkompetenz. Und das ist so, die hat er zu gutem Recht und nicht nur um Notfälle, die ausserhalb des Budgets sind, die er dann ausbügeln darf schlussendlich. Diese sind auch da, damit er seine Agenda, die er sich selbst gibt, in seinen Mehrheitsverhältnissen, dass er diese umsetzen kann. Da kann – wenn der Gemeinderat sein Recht wahrgenommen hat und einem Kauf von so einem Gerät untersagt hat – dann kauft er es nicht, aber hat die Kompetenz um eines zu mieten. Und eben, das darf er und das ist nicht irgendwie eine Missachtung des Volkswillens. Er vertritt auch das Volk, einfach in einer anderen Funktion und in einem anderen gewählten Amt. Darum also da Politikverdrossenheit und die machen was sie wollen und alles hinauf zu stilisieren, dies ist schlichtweg falsch. Ist einfach falsch. Und eben, ich muss es nochmals sagen, ich habe in meinem ersten Votum vorhin auch schon angetönt: Es geht nicht um die Finanzen und nichts. Es geht einfach darum: eine Haltung, die ihr habt, die kann man haben, das habe ich in meinem Leserbrief schon geschrieben, es geht darum Verkehrssünder zu schützen, weil jeder der zu schnell fährt, der hat das Gesetz übertreten und dem, der erwischt wird, ist eine Busse auszusprechen, dann wird er gebüsst. Und das Andere: Im Leserbrief von Beat Vorbürger [FDP], den ich gelesen habe, in dem er sagt: es wäre doch viel lieber, ein anonymer Blechkasten ist nicht so gut, man sollte lieber durch Polizisten anhalten lassen und die Geschwindigkeit messen lassen und dann noch ein nettes Gespräch, darauf aufmerksam machen. Das ist gut und recht aber dann wäre ich gespannt, ob die nötigen personellen Ressourcen, die dazu nötig wären, ob man zu diesen auch ja sagen würde. Das glaube ich eben nicht. Es geht einfach in erster Linie darum, man will weniger Geschwindigkeitskontrollen auf den Klotener Strassen. Das ist eine Meinung. Aber nicht Politverdrossenheit und dieses und jenes ins Feld führen. Einfach dazu stehen. Das Wichtigste ist, dass man Tempokontrollen durchführen kann.

Beat Vorbürger; FDP

Mein lieber Christoph [Fischbach Christoph, SP], jetzt hast du ziemlich viele Sachen schlichtweg durcheinander gebracht und bist einfach nicht bereit, um auch das, was ich in meinem Leserbrief bereits geschrieben habe, auch ernst zu nehmen. Worum geht es bei diesem Vorstoss: Bei diesem Vorstoss geht es in erster Linie wirklich darum, herauszufinden, ob in diesem konkreten Fall die Stadträtliche Finanzkompetenz eingehalten worden ist oder ob sie nicht eingehalten worden ist. Und ich denke, dies ist von uns Gemeinderäten a) eine Pflicht, zu schauen, ob der Stadtrat seine Aufgabe korrekt durchführt. Und wenn

man da Zweifel hat, dann ist es doch berechtigt, dass man Fragen stellt, wie bei dem konkreten Fall die Stadträtliche Finanzkompetenz auch tatsächlich eingehalten worden ist. Um was geht es sonst noch: Ja es geht um Verkehrssicherheit, das ist so. Und ich habe mich öffentlich geäußert: Ich habe persönlich überhaupt nichts dagegen – und mit mir auch die ganze FDP nicht – dass man in sicherheitsrelevanten Bereichen, namentlich im Bereich von Schulhäusern, Kindergärten und sonstigen neuralgischen Punkten, temporär und gezielt Kontrollen durchführt. Da spricht überhaupt nichts dagegen. Und es ist meine persönliche Überzeugung, dass eine Kontrolle durch eine Polizeipatrouille wirksamer ist, als einfach einen Blechpolizist hinzustellen und irgendwann ein paar Wochen später kommt ein Einzahlungsschein. Die Frage, ob wir bereit wären, über die personellen Ressourcen der Stadtpolizei zu diskutieren – ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, in welcher Budgetdebatte dass dies gewesen ist. Aber wir haben einmal das Konzept vorgelegt bekommen. Dies war ein Teil der Begründung, wieso man eine Stellenaufstockung braucht bei der Stadtpolizei. Und ich habe persönlich – es ist in einem Protokoll nachzulesen – mir Gedanken gemacht, sollte man nicht mehr Stellen zur Verfügung stellen, als dass laut dem Stadtrat und dem Expertenbericht tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Von daher muss ich schon sagen, es ist gelinde gesagt fragwürdig, wenn einem von der linken Seite her solche Sachen an den Kopf geworfen bekommt. Wie gesagt, uns geht es in erster Linie darum, die Finanzkompetenz abgeklärt zu haben. Und Sicherheit auf den Strassen ist uns allen hier drinnen wichtig. Und wir sind uns auch alle bewusst, wenn man so in der Weltgeschichte herumfährt: Wo stehen denn die Blitzer, von dem Gerät, von dem wir jetzt hier sprechen, wo stehen die jeweils? Diese stehen halt schon sehr häufig irgendwo an einem Ort, wo es möglichst wahrscheinlich ist, dass jemand in eine Falle hineintappt. Dann ist es noch irgendwo versteckt hinter einem Baum oder hinter einem Busch – so einfach wirklich richtige Fallen. Das hat doch nichts mehr mit Verkehrssicherheit zu tun, sondern einfach nur mit Aufbesserung der Staatskasse. Dies ist eine Tatsache. Ich weiss, dass da nicht alle der gleichen Meinung sind. Aber dies ist meine persönliche Überzeugung. Und wie gesagt: Temporäre Kontrollen, auch einen Radar aufstellen temporär – spricht überhaupt nichts dagegen.

Thomas Bieri, CVP

Ich habe vorhin gehört: „um was geht es“. Ich versuche es auch nochmals auf meine Art und Weise. Ich denke es gibt einen guten Anlass jetzt halt irgendwie, um ein Bisschen aus Gemeinderatssicht empört zu sein: Man hat doch gesagt, man will dieses Radargerät nicht und nun kommt es irgendwie durch die Hintertür halt doch irgendwie wieder herein. Ich hoffe einfach, bei dieser ganzen Angelegenheit, dass man eben genau das „um was geht es“, dass man dies in den Vordergrund rückt und dass auch dies in der Öffentlichkeit so wahrgenommen wird. Es geht nämlich um eine inhaltliche Frage, ob schlussendlich die Polizei ihre Mittel bekommt, damit sie vernünftig arbeiten kann. Da hat es die Auslegeordnungen dazu gegeben, das ist sauber abgeklärt worden. Leider haben wir hier im Gemeinderat dann gesagt, man wolle dieses Radargerät nicht beschaffen. Und es ist bei der Polizei auch schon um andere Sachen gegangen – um Autos und so weiter. Aber man muss einfach dies nun inhaltlich anschauen und inhaltlich muss man auch sagen, dieses Radargerät ist eine gute Sache für die Sicherheit in Klotten, damit man auch in den 30er-Zonen die Messungen durchführen kann. Und die Sicherheit muss uns schliesslich allen ein Anliegen sein hier drin. In diesem Sinne hat der Stadtrat im Rahmen von seinen Möglichkeiten, von seinen finanziellen Möglichkeiten, jetzt einen Entscheid getroffen und dies ist ein richtiger Entscheid.

Roger Fromm, parteilos:

Ich beziehe die folgenden Zahlen und Informationen von der OECD Online-Bibliothek. Das IRTAD steht für International Traffic Safety Data and Analysis Group. Sie werten seit 2009 jährlich alle Unfälle in insgesamt 40 Ländern in Europa aus. Der letzte Bericht datiert aus dem Jahr 2016, umfasst 540 Seiten und bezieht sich auf die Zahlen bis 2015. Im Kapitel 39 geht es um die Schweiz. Im Jahr 2015 sind in der Schweiz 17'803 Verletzte und 243 Todesopfer registriert worden. Dies entspricht einem Rückgang von 10% zum Vorjahr. Und ist gleichzeitig auch die tiefste Quote in der Geschichte von der Schweizer Aufzeichnung von den

Verkehrsunfällen. Die positive Entwicklung um die Verkehrssicherheit ist alleine auf die Sicherheit der Fahrzeuge zurückzuführen und nicht auf die Radargeräte. Das geht aus dem Bericht hervor. Einzig bei den Velofahrern und speziell bei E-Bike-Fahrern steigt die Unfallquote signifikant: 12 Tote mehr als im Vorjahr. Und auch die Zahl der Schwerverletzten ist bei den Velofahrern drastisch angestiegen. Dies bezüglich Verkehrssicherheit. Seit 1990 bis 2015 sind in der Schweiz 40% mehr Motorfahrzeuge registriert worden. Gleichzeitig sind die Unfallopfer um 73.7% gesunken und die Todesfallopfer von Verkehrsunfällen um 25.3% gesunken. Also konträr: Verkehrszunahme, rückgängige Verkehrssicherheit. Wobei Blitzer dienen nicht der Verkehrssicherheit, im Gegenteil. Es geht von diesen Geräten eine erhöhte Gefahr aus. Schreckhafte Autofahrer stehen auf die Bremse und provozieren immer wieder gefährliche Auffahrunfälle. Interessanterweise werden aber genau diese Zahlen nicht erhoben. Nirgends findet man eine Statistik darüber. Es ist aber auch nicht nötig: man kann den Begriff „Schweizer Unfall“ bei Google suchen und findet alleine in den letzten zwei Jahren 12 Auffahrgeschichten über Google. Selbst ist mir als Beifahrer einmal fast einer aufgefahren zwischen Fällanden und Dübendorf: ein älterer Herr hat in der 80er-Zone die Vollbremsung gemacht und auf der Gegenfahrbahn ist zum Glück niemand entgegengekommen. Und ich könnte mir vorstellen, das ist anderen auch schon passiert. Ich fasse zusammen: Das Risiko und die Unfallgefahr geht nicht unbedingt von den Autofahrern aus. Es ist kein richtiges Sicherheitsthema. Die Unfallstatistik zeigt, dass die Sicherheit auf den Schweizer Strassen stetig zunimmt. Und ich sehe auch in Kloten nicht unbedingt gerade Schwachpunkte, dass man so einen mobilen Blitzer braucht wegen Sicherheitsthemen. Das vierte Thema oder der vierte Punkt: Kloten ist ein prosperierender Wirtschaftsstandort und zeichnet sich heute durch eine sehr hohe Dichte an Lichtsignalen aus – was für einen Autofahrer nicht gerade verkehrsfreundlich ist. Als Flughafenstadt sind wir zudem in dieser Gegend mit vielen Mietfahrzeugen von ausländischen Gästen im Verkehr. Eine Erfahrung mit einem Blitzkasten und dem doch verhältnismässig teuren Bussensystem wird eine bleibende Erinnerung geben, die man nie mehr vergisst, wenn man da hineinfährt. Für mich viele Gründe, auf einen solchen mobilen Blitzer einfach zu verzichten. Wenn man dringend Geld braucht, gibt es auch andere Kühe, die man melken kann.

Martin Jegge, EDU:

Man merkt es, es geht wirklich auf die Wahlen zu. Kommen wir zu den Fakten zurück von diesem Ganzen. Roland [Lieb Roland, SVP] hat eigentlich alles gesagt, es bräuchte mich eigentlich nicht mehr, nichtsdestotrotz. Dieser Gemeinderat, in unterschiedlicher Zusammensetzung, hat mehrfach budgetierte Anträge für ein Radargerät abgelehnt. Dies ist unser Recht gewesen, das haben wir gemacht. Jetzt kommt der Stadtrat mit einem für mich sehr eigenartigen Demokratieverständnis und untergräbt diese Entscheide. Zwar in seiner Finanzkompetenz, das steht dem Stadtrat zu, da ist gar nichts dagegen zu sagen. Diese Finanzkompetenzen sind dem Stadtrat gegeben worden, auch durch den Gemeinderat in früherer Zusammensetzung. Aber offensichtlich kann dieser Stadtrat mit dieser Finanzkompetenz nicht so ganz richtig umgehen. Und diese sollte man dann mal vielleicht genauer unter die Lupe nehmen – aber das gehört nicht heute und nicht hier hin. Ich habe es schon gesagt, das ist ein eigenartiges Demokratieverständnis, meine Damen und Herren des Stadtrates. Ich bin enttäuscht, zu tiefst enttäuscht über diesen Entscheid. Der Gemeinderat hat das Recht, solche Sachen zu hinterfragen, als Kontrollinstanz, dies wird jetzt gemacht. Als Bewohner von Kloten in einem Quartier beim Schulhaus Hinterwiden, ich wohne jetzt über 25 Jahre in Kloten, habe zwei Kinder zusammen mit meiner Frau. Diese sind als Kleinkinder dort in den Kindergarten, sie sind dort zur Schule gegangen. Und ich fahre persönlich mindestens viermal am Tag mit dem Auto beruflich oder privat an diesem Schulhaus vorbei. Und ich habe in diesen ganzen 25 Jahren noch absolut nie eine Verkehrskontrolle gesehen, geschweige denn auch nur einen Polizist – mit Ausnahme von der Verkehrsschule des Kindergartens. Keine Uniform, kein Polizeiwagen ausser Patrouillen, die durchgefahren sind, aber keine Kontrolle. Was aber hingegen tatsächlich wirklich vorkommt – und da müsste ich sagen, braucht es vielleicht dieses Radargerät wirklich – sind Eltern, die ihre Kinder in die Schule fahren, nur ein paar 100 Meter und dann mit relativ hohem Tempo durch das Quartier hindurch fahren – dafür wäre es sicher gerechtfertigt. Aber dafür

gäbe es auch andere Mittel, die nicht so hohe Ausgaben produzieren. Und nur, um den Selbstverwirklichungsdrang einer Stadträtin etwas hinauf zu stilisieren, ist dies ein sehr hoher Preis.

Heiri Brändli, EVP:

Ich finde das ziemlich unter der Gürtellinie, Martin [Jegge Martin, EDU], was du am Schluss noch gesagt hast. Weil auch dies ist ein Kollegium, das schlussendlich – nehme ich mal an – demokratisch entschieden hat. Aber noch etwas ganz anderes: Gehen wir doch zurück und driften nicht ab. Es ist anscheinend eine fürchterlich emotionale Geschichte, dieses Blitzen. Wenn die SVP das Gefühl hat, sie wolle prüfen, ob der Stadtrat die finanziellen Kompetenzen in einem Geschäft eingehalten hat oder nicht – okay. Wenn sie das in Form einer Interpellation eingeben wollen, sollen sie das machen, das ist ihr Recht, wie wir alle auch das Recht haben, eine Interpellation einzugeben. Dagegen kann ich eigentlich nichts sagen. Ich finde es auch auf eine Art noch komisch, aber es ist so, da ist auch gut argumentiert worden. Davon nun aber abzuleiten, mit Unfallstatistiken zu kommen, mit Todesfällen im Strassenverkehr und weiss sonst was alles – das ist schlichtweg pietätlos und definitiv völlig der falsche Ansatz. Ein verstecktes Radargerät hat noch nie der Sicherheit im Strassenverkehr gedient, das weiss man. Das ist tatsächlich primär um etwas Kasse zu machen, ich sage es etwas böseartig. Hingegen ein gut sichtbares Radargerät ist tatsächlich und nachweislich auch eine Möglichkeit, eine gewisse zusätzliche Sicherheit in den Strassenverkehr zu bringen. Und einfach noch zum Schluss: Ich wohne auch in einer 30er-Zone, wir sind froh, wenn die Polizei mal zwischendurch tatsächlich blitzt. Dort blitzen sie jeweils von Hand beziehungsweise mit dem Pilz, den man aufstellt. Ich bin gespannt, wenn dann da mal das grosse Gerät steht, ob es dann besser wird. Aber es ist tatsächlich ein Thema, dass man dies eben auch braucht.

Sigi Sommer, SP

Die Streichung im Dezember von diesem Blitzgerät ist schon ein riesen Fehler gewesen. Aber die bürgerliche Mehrheit hat dies natürlich durchgebracht, weil sie die Mehrheit hat hier im Rat. Offenbar hat aber die Berufsgruppe Polizei festgestellt, dass es eben doch nötig ist, einen Blitzler zu haben. Und ich finde es einfach falsch, wenn wir uns anmassen, Arbeitsmittel für bestimmte Berufsgruppen einfach zu beurteilen und zu beurteilen, ob diese nötig sind oder nicht. Offenbar hat die Polizei festgestellt, dass es doch nötig ist, ein Blitzgerät anzuschaffen und hat dieses entsprechend gemietet. Innerhalb von seinen Kompetenzen. Die Polizei tritt für den Schutz des Rechtsstaates ein und dies gilt genauso im Strassenverkehr. Es können 100 Blitzler versteckt zwischen den Büschen und hinter den Bäumen stehen. Wenn ich mich an die Geschwindigkeitsgrenze halte können dies auch 1'000 sein und es wird nicht geblitzt und es wird nur gemolken, wo es sich melken lässt. Wo man zu schnell unterwegs ist und nicht so, wie es unser Verkehrsrecht entsprechend an diesen Stellen vorschreibt. Ausserdem möchte ich bemerken, dieser Entscheid, dieses Blitzgerät zu mieten, ist nicht ein Entscheid von einem einzelnen Stadtrat oder unserer geschätzten Stadträtin Priska Seiler Graf – dies ist ein gesamthafter Stadtratsentschluss, der von der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat genau so mitgetragen worden ist.

### **Wortmeldungen aus dem Stadtrat:**

Priska Seiler Graf, Ressortvorsteherin Sicherheit

Ich muss nun trotzdem noch etwas sagen: Seit 1998 bin ich hier drin und habe mir schon verschiedene Sachen anhören müssen. Aber für mich ist heute ein Bisschen eine Linie von Anstand und Respekt überschritten worden – ganz klar. Das will ich sagen, das darf ich sagen, ich bin ja auch persönlich angegriffen worden. Nichtsdestotrotz: Ich finde, diese Fragen sind berechtigt, absolut, genau weil es um die Finanzkompetenz geht. Und darum werden wir diese Fragen auch minutiös und genau beantworten. Weil sie haben tatsächlich ihre Daseinsberechtigung. Und vor allem die Frage 8 finde ich sehr gut. Dort werden wir uns auch ausführlich noch damit beschäftigen, weil ja da offensichtlich wirklich eine Information verlangt wird und ich das sehr gern aufzeige, dass die Tempo 30-Zonen nicht so sicher sind, wie wir uns das erhoffen.

Für eine Interpellation ist keine Überweisung notwendig.

**Interpellation; Heiri Brändli (EVP); Reduktion Fluglärm  
Begründung durch den Interpellanten**

Am 24.4.2017 ist die Interpellation „Reduktion Fluglärm“ von Heiri Brändli, EVP, und einer Mitunterzeichnenden eingegangen.

**Originalvorstoss:**

Vor geraumer Zeit wurden die aktuellen Zahlen für den Flughafen Zürich-Kloten bezüglich Passagier- und Flugaufkommen publiziert. Ein Rekordwert bei den Passagieren und eine Zunahme der Flugbewegungen sind zu registrieren. Damit erhöht sich auch die Lärmbelastung für die Gemeinden in der Region und natürlich auch für Kloten

Anzuerkennen in diesem Zusammenhang ist allerdings, dass die Fluggesellschaften – insbesondere die Swiss – mit deutlich leiseren Flugzeugen ausgerüstet wurden / werden, was natürlich positive Auswirkungen auf die Lärmbelastung hat.

Dem gegenüber stehen aber die diversen Planungen und auch Versuche für neue Anflugrouten zum Flughafen, welche je nach Wahl wiederum zusätzliche Lärmbelastungen für die Stadt Kloten auslösen.

Natürlich wissen wir um die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens für Kloten und die Bevölkerung von Kloten. Trotzdem sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nutzen und Belastung für Kloten angestrebt werden.

Wir fragen daher den Stadtrat:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Fluglärmentwicklung in Kloten, insbesondere in der Nähe der Anflugroute vom Osten her?
2. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die Landegebühren für lärmintensive Flugzeuge erhöht werden sollten um die Fluggesellschaften zu motivieren, nur noch Flugzeuge der neusten Generation einzusetzen?
3. Ist der Stadtrat bereit, sich entsprechend bei Bund und Kanton dafür einzusetzen um die Bevölkerung «optimal» vor Lärm zu schützen? Welche Massnahmen dazu laufen bzw. sind weitere geplant?

## Begründung durch den Interpellanten:

Heiri Brändli, EVP

Es geht wirklich auf die Wahlen zu, wenn man anschaut, wie viele Interpellationen da sind. Aber der Grund für meine Beiden liegt eigentlich in der Präsentation an der letzten Gemeinderatssitzung von Marc [Osterwalder Marc, Bereichsleiter Lebensraum + Sicherheit] und Roger [Isler Roger, Ressortvorsteher Raum + Umwelt] im Zusammenhang, was alles geht hier in Klotten verkehrlicher Natur. Zurück zum Flughafen: Uns ist wohl allen klar, dass der Flughafen mehr als nur wichtig ist. Er ist eigentlich der Motor, den wir haben. Und ich glaube, wir müssen diesem sehr Sorge geben, wir müssen alles daran setzen, dass es diesem gut geht. Weil wenn es ihm gut geht, geht es uns als Stadt ziemlich sicher auch gut. Trotzdem müssen wir aber die Entwicklung mit grossen Augen und ganz genau verfolgen. Weil wenn ich die publizierten Daten anschau von den letzten Jahren, was da am Flughafen abgeht, so gibt einem das schon auch etwas zu überlegen. Ich möchte euch hier nicht mit statistischen Daten langweilen. Einfach soviel: Im 2016 hatte man irgendwo zwischen 27 und 28 Millionen Passagiere und beinahe 270'000 Flugbewegungen. Das tönt nicht so wahnsinnig, wenn man es auf den ersten Blick sieht. Wenn man hingegen die Zuwachsraten anschaut von den letzten Jahren ist es eben schon wahnsinnig, wenn man jedes Jahr eigentlich 4 bis 5% Zuwachsrate im Durchschnitt hat – es ist nicht immer genau so gelaufen. Dies bringt natürlich wahnsinnig viele Vorteile für uns, vor allem auch steuerlicher Natur. Irgendwann schlägt sich das vielleicht nieder. Es gibt aber auch den einen oder anderen Nachteil. Und der Nachteil ist einerseits im Individualverkehr, wenn man die Zufahrten anschaut. Wenn ich heute unsere Autobahn anschau, mit dem Lokalverkehr kann man jeden Morgen und jeden Abend die Auswirkungen ziemlich genau anschauen. Das ist aber nicht das Thema hier, bei dieser Interpellation. Man kann es aber auch hören und merken, wenn man irgendwo an einem Ort wohnt, wo eben tatsächlich ein Flieger herunter kommt. Ich bin freiwillig dort hin gezogen, mich stört der Fluglärm absolut wirklich nicht. Nichts desto trotz sind wir der Meinung, man muss eben auch hier ein Auge drauf haben, darum haben wir diese Fragen gestellt.

- Wie beurteilt der Stadtrat die Fluglärmentwicklung, vor allem auch bei der Anflugroute vom Osten her?
- Unterstützt der Stadtrat die Meinung, dass man die Landegebühren für lärmintensive Flugzeuge – es gibt noch ein paar, stelle ich jeweils fest, wenn ich draussen sitze (in letzter Zeit war es leider immer zu kalt), aber man hört es tatsächlich, dass hie und da noch ein paar alte Flugzeuge hinunterkommen und nicht nur sehr leise A380er oder 777 oder ein Dreamliner. Unterstützt der Stadtrat die Meinung, dass eben die Landegebühr für lärmintensive Flugzeuge erhöht werden sollte oder eben noch mehr erhöht werden, um eben die Fluggesellschaften zu motivieren, dass sie wirklich nur mit leisen Flugzeugen zu uns kommen? Die SWISS ist da sicher ein guter Gradmesser, wenn ich schau jetzt mit ihren neuen Flugzeugen – ich kann nicht sagen, man hört sie fast nicht mehr aber deutlich weniger.
- Und die dritte Frage: Ist der Stadtrat bereit, sich entsprechend bei Bund und Kanton auch einzusetzen, dass die Bevölkerung „optimal“ vor dem Lärm geschützt wird? Und was uns hier auch wundert: Welche Massnahmen sind ganz konkret da am laufen und geplant?

## Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:

Fabienne Kühnis, Grüne:

Auch wenn wir in Kloten mit dem Fluglärm leben und diesen auch bis zu einem gewissen Masse akzeptieren, heisst das nicht, dass wir der Bevölkerung rund um den Flughafen und natürlich auch der Klotener Bevölkerung alles zumuten darf. Der Flughafenbericht 2016 zeigt einmal mehr auf, dass der ZFI deutlich überschritten worden ist und in der Nacht sind die Flugbewegungen steigend. Gerade in der Nacht ist jeder Flug eine Störung und jeder Flug ist einer zu viel. Wir sind gespannt, ob das von der Flughafen Zürich AG im Dezember 2014 vorgelegte Lärmgebührenmodell, das Anpassungen in der Nachtzeit ab 9 Uhr und in der Morgenstunden zwischen 6 und 7 Uhr mit Lärmgebührenzuschlägen vorsieht, die deutlich höher angesetzt werden als bisher, Wirkung zeigt. Da läuft allerdings seit dem 3. Mai erst noch die Anhörung und wir gehen davon aus, dass dies noch länger benötigt. Leider kann unser Stadtrat auf Gemeindeebene wenig ausrichten. Wir unterstützen den Stadtrat, wenn er sich für unsere Klotener Bevölkerung einsetzt, sei es im Kanton oder auf Bundesebene. Denn da werden Entscheide gefällt. Zum Glück haben wir ja Vertreterinnen und Vertreter auf diesen beiden Ebenen.

Mathias Rieder, glp:

Ich habe schon mal gesagt, es stehen so Verlängerungen an von den Pisten. Wenn man die 28 verlängert, haben wir ganz sicher mehr Verkehr. Wenn das die deutsche Seite merkt, dass man dann bei der 28, die jetzt 2'500 Meter ist, bei den 2'800 Metern dann auch bei nasser Bahn landen kann, dann werden sie sich dafür einsetzen, dass dies auch so gemacht wird. Ich kenne mittlerweile die Deutschen, mein Arbeitgeber ist die Lufthansa. Aber sie werden das so machen, da bin ich 100% überzogen. Wenn sie dort drüben keinen Lärm wollen, dann geben sie es uns. Noch etwas anderes: Die 14, das ist die Blindlandepiste besser gesagt die V-Piste – umgekehrt ist sie die 32. Wenn man diese gegen hinten verlängert, dann kann man dasselbe machen wie bei der 34, wo sie am Morgen landen, dann kann man nämlich den Gleitweg etwas steiler machen, kommt sehr gut über die Gebäude hinweg und dann haben wir die zweite Bahn, auf der man landen kann. Also Pistenverlängerungen würde ich uns hier in Kloten empfehlen, diese nicht durchzuwinken. Sonst haben wir mehr Fluglärm, das ist einfach klar. Ich habe das Gefühl und ich bin ganz sicher und ich weiss es auch, dass so wie es jetzt funktioniert, funktioniert es bestens: Der Flugplatz ist so ausgelegt, dass man auf der 14 und der 16 landet. Wenn man anders landen möchte, auf der 28 oder eben auf der 32, ist der Flughafen falsch konzipiert, dann muss man die ganze Zeit wieder zurück rollen. Das braucht extrem Zeit, das will man nicht. Also ich würde da was dies betrifft einfach anhängen. Wenn wir in Kloten mehr oder weniger Ruhe wollen, oder so wie bis anhin fahren wollen, dann sind diese Pistenverlängerungen abzulehnen.

### **Wortmeldungen aus dem Stadtrat:**

René Huber, Ressortvorstand Wirtschaft:

Ich danke dem Interpellanten für die Begründung seiner Fragen. Ich kann Ihnen mitteilen, der Stadtrat wird diese schriftlich beantworten.

Ich möchte noch grundsätzliche Ausführungen machen zu Interpellationen. Ich finde Interpellationen ein super Instrument und ich finde es toll, dass solche gestellt werden und es sind sehr viele gute Fragen heute uns überwiesen worden. Ich glaube man hat auch gespürt, wir freuen uns eigentlich fast etwas auf die Beantwortung. Aber im Sinne eines speditiven Ratsbetriebs möchte ich doch der zukünftigen Ratsleitung mit auf den Weg geben, den Artikel 56 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates zu beachten, wo es heisst, dass eigentlich Vorstösse nur auf Antrag diskutiert werden sollten. Und im Artikel 56 heisst es, dass es grundsätzlich keine Diskussion gibt bei Interpellationen, sondern dass der Interpellant erklärt – wie es Heiri Brändli gemacht hat – und der Stadtrat danach sagt, ob er sie schriftlich oder mündlich beantworten will. Und es ist eigentlich nicht der Moment, da man irgendwie über Sinn und Zweck von Vorstössen spricht, dass man den Frust, weil beim Budget etwas doch noch hineingekommen ist, dass man Leserbriefe kommentiert. Meines Erachtens ist es einfach der falsche Moment. Nach der Beantwortung der Interpellation sagt der Interpellant, ob er zufrieden sei oder nicht. Und dann kann man den Antrag stellen, zu diskutieren und zu sagen: Ihr habt einen „Chabis“ geantwortet. Ihr könnt es in Zukunft anders machen, aber ich glaubte, es ist der falsche Moment. Wartet doch zuerst auf die Antworten und dann könnt ihr eurem Missverständnis von dieser Antwort oder eurem Missfallen Ausdruck geben.

Für eine Interpellation ist keine Überweisung notwendig.

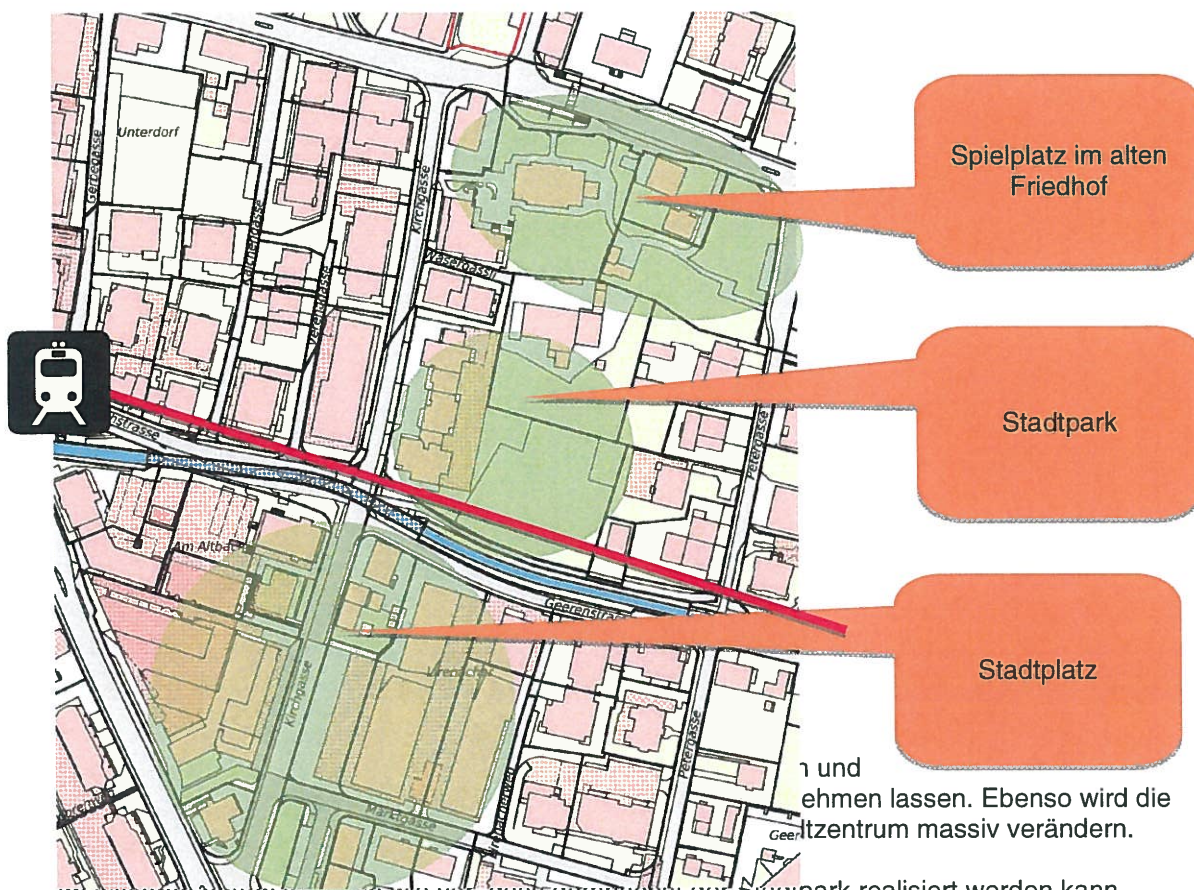
## Interpellation; Heiri Brändli (EVP); Verkehrsfreies Zentrum Stadt Kloten Begründung durch den Interpellanten

Am 24.4.2017 ist die Interpellation „Verkehrsfreies Zentrum Stadt Kloten“ von Heiri Brändli, EVP, und einer Mitunterzeichnenden eingegangen.

### Originalvorstoss:

An der letzten Gemeinderatssitzung wurden wir über diverse konzeptionellen, planerischen aber auch bereits baulichen Massnahmen informiert, welche im Zentrum der Stadt Kloten in den nächsten Jahren umgesetzt werden könnten. Im gleichen Gremium haben wir vor geraumer Zeit den öffentlichen Gestaltungsplan „am Stadtplatz“ verabschiedet. Alle Massnahmen haben grossen Einfluss auf das Stadtzentrum – ob nun rein gestalterisch, ob punkto Fussgängerströme oder ganz allgemein dem anfallenden Verkehr.

Alle Massnahmen haben allerdings auch gemeinsame Nenner: nämlich das Stadtzentrum um das heutige Stadthaus, dem Stadtplatz, Square, etc. attraktiver zu machen. Ob dies allerdings mit den heute bekannten Massnahmen genügt, erscheint uns zumindest fraglich.



mit weiteren Ideen wir nach wie vor, dass unmittelbar der Stadtpark realisiert werden kann. Ausgeschrieben wurde bereits das Baugesuch für einen Naturspielplatz im ehemaligen alten Friedhof durch die reformierte Kirche.

Eine Verbindung zwischen diesen Grünzonen ist zwar über den Umweg der Petergasse oder der Kirchgasse vorhanden, ebenso ist eine direktere Verbindung im Masterplan öffentlicher Raum vorgesehen. Letzteres wird aber kaum in nächster Zukunft realisiert werden können.

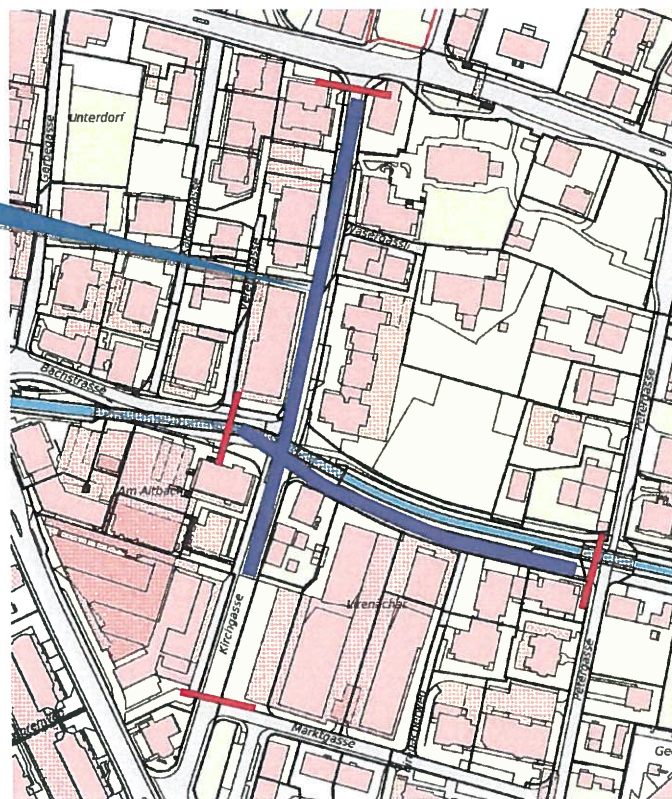
Wir stellen uns daher die Frage, ob nicht mittels einer möglichst weitgehenden verkehrsfreien Zone im Stadtzentrum die Attraktivität massiv gesteigert werden könnte. Natürlich ist uns dabei bewusst, dass die Zufahrt zu den diversen Tiefgaragen sowie die Anlieferung zu den Geschäften, aber auch

das Ein-/Austeigen für Passanten/Antwohner, etc. auf geeignete Art und Weise gewährleistet werden muss. Wie das gut gelöst werden kann, dafür gibt es genügend gute Beispiele in anderen Schweizer Städten.

Mögliche verkehrsberuhigte Strassenzüge

Wir fragen daher den Stadtrat:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die verkehrliche Situation im Stadtzentrum nach der Realisation von Glattalbahn und der diversen Gestaltungsplänen?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die geplante direkte Verbindung zwischen Stadtpark und Kirchenpark gemäss Masterplan öffentlicher Raum bzgl. seiner Realisierbarkeit?
3. Wie steht der Stadtrat einer möglichen Verkehrsberuhigung oder –befreiung von Teilen des Zentrums gegenüber und ist er bereit, parallel zur Realisation des Gestaltungsplan „am Stadtplatz“ sowie den geplanten Ausbaumassnahmen um den heutigen Migros auch solche Ideen aufzugreifen und zu verfolgen?



## Begründung durch den Interpellanten:

Heiri Brändli, EVP

Danke vielmals René [Huber René, Stadtrat], ich habe natürlich ein riesen Schwein: Dies wird jetzt einfach überwiesen und niemand diskutiert über so etwas. Spass beiseite. Nochmals: An der letzten Gemeinderatssitzung haben wir wirklich einiges gehört, was in Kloten passiert. Ich war jetzt in der GRPK, durfte dort viele Gestaltungspläne anschauen. Und es ist schon verrückt, wenn man sieht – eigentlich auch im Positiven – was alles auf uns zukommt, wie es sich verändert, was es alles für Auswirkungen haben kann in verschiedensten Bereichen. Ich komme wieder auf den Verkehr zurück, diesmal an Land oder auf dem Boden. Ihr alle kennt die Situation des Strassenverkehrs, des Netzes, das wir heute haben. Diejenigen, die gestern Morgen zur Arbeit wollten, haben gesehen, wie wenig es braucht, damit dieses System kollabiert. Es muss nur so wenig passieren und es geht gar nichts mehr. Wir haben bereits früher einmal eine Motion eingereicht zu einem Verkehrskonzept – diese ist nicht überwiesen worden mit der Begründung, dass man eines macht. Man hat eines gemacht. Aber eigentlich daraus hinausgeflossen ist noch nicht so wahnsinnig viel. Dies ist kein Vorwurf an den Stadtrat oder die Verwaltung sondern es ist einfach eine Tatsache, dass alle diese Massnahmen, die man umsetzen möchte, wahnsinnig viel Zeit benötigen. Wenn man heute die Ausbaumassnahmen sieht im Zentrum, die Gestaltungspläne, die Verdichtungen etc. dann hat man eigentlich vor allem eines davon, nämlich eine massive Erhöhung des Binnenverkehrs von und zu diesen Gebäulichkeiten, zu diesen Anlagen. Es wäre kaum annehmbar, dass es da weniger Verkehr gibt. Ich spreche übrigens nicht nur einfach vom Auto, sondern es geht auch um die Velos, da haben wir vorhin gehört, die können auch geblitzt werden, vor allem die E-Bikes inzwischen, nein Entschuldigung. Gleichzeitig wollen wir aber, dass wir ein Stadtzentrum haben, das sehr attraktiv ist, dass die Leute kommen, die Restaurants laufen, die Geschäfte laufen etc. etc. Wir wollen, dass die Leute hier hinkommen, die können hier flanieren, sie sollen ins Kaffee hocken, sie können chillen, wie man so schön neudeutsch sagt. Ich glaube, das ist alles etwas die Quadratur im Kreis. Und diese Rechnung glaube ich kaum, dass sie einfach so aufgeht. Ich bin sogar überzeugt, dass sie so nicht aufgeht. Ich bin auch überzeugt, es nützt nichts, wenn wir eine coole Person anstellen für das Stadtmarketing – wo ich übrigens am Anfang sehr skeptisch gewesen bin und ich habe ihr da wirklich nichts Gutes angetan, sie macht nämlich aus meiner Sicht einen super Job. Aber auch hier: Es ist punktuell eine Verbesserung aber es nützt schlussendlich eigentlich nichts. Oder eben nur punktuell. Wenn ich nun noch anschau, dass ein Tram quer durch das Zentrum fahren soll, das eigentlich die ganze Stadt zerschneidet, dann ist dies wieder eine Dimension, die dazu kommt. Wenn ich mir vorstelle, dass man im Stadtpark irgendwann – da ist glaube ich auch eine Interpellation am laufen, von Christoph [Fischbach Christoph, SP] war das glaube ich, ich weiss es gar nicht mehr, wegen den Spielplätzen – wenn dieser realisiert werden kann – die Kirche hat erst kürzlich ein Baugesuch eingegeben für einen Spielplatz im Kirchenpark. Das sollte man irgendwann verbinden. Ich glaube kaum, dass dies dort durch den wunderschönen Gemüsegarten durch geht von der Familie Burri – ich habe volles Verständnis, dass sie dies vielleicht nicht wollen – sondern dass dies irgendwie anders gelöst werden muss. Und irgendwie muss man dies jetzt einfach mal anschauen im Zusammenhang mit den verschiedensten Ausbaumassnahmen, wie man alles lösen kann, wie man vielleicht eine gewisse Verkehrsberuhigung hinkriegt im Zentrum drin. Es muss nicht zwingend verkehrsfrei sein. Wir sind uns absolut bewusst, dass man zu jedem Gewerbe fahren können muss, dass die Tiefgaragenein- und -ausfahrten bedient werden können müssen. Und die Läden schreien – verständlicherweise – wenn man mit dem Auto nicht zufahren kann, dass auch die Kunden ausbleiben. Das ist eine Tatsache, also muss man dies irgendwie lösen. Es gibt verschiedene Städte, die das eigentlich ganz gut schon gemacht haben: Die Altstadt von Bülach – finde ich nicht mal so eine schlechte Lösung. Es gibt aber auch in Oerlikon zum Beispiel ein paar ganz gute Ansätze, wo man nicht verkehrsbefreit hat sondern eben verkehrsberuhigt hat oder mit speziellen Bodenbelägen etc. das versucht in den Griff zu bekommen. Für uns ist einfach daraus sind verschiedene Fragen entstanden:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die verkehrliche Situation im Stadtzentrum künftig – nicht heute, heute kennen wir es, aber eben künftig – nach Realisation der Glattalbahn und nach der Realisation von den verschiedensten Gestaltungsplänen?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die direkt geplante Verbindung zwischen dem Stadtpark und dem Kirchenpark, die im Masterplan öffentlicher Raum noch eingezeichnet ist? Ist dies wirklich realisierbar? Kommt das irgendwann? Und wenn ja, in wie vielen Jahren?
3. Wie steht der Stadtrat einer möglichen Verkehrsberuhigung oder -befreiung von Teilen des Zentrums gegenüber und ist er eben bereit vor allem auch, parallel zu den laufenden Planungsarbeiten von vielen privaten Bauherren, schlussendlich aber auch des Kantons, was zum Beispiel die Glattalbahn anbelangt, parallel dazu Ausbaumassnahmen zu prüfen, zu klären, gibt es eine Möglichkeit, das Zentrum attraktiver zu machen. Eben im Sinne von Verkehrsberuhigung oder Verkehrsbefreiung.

Ratspräsidentin:

Wir ziehen dies heute noch so durch, der Fairness halber für alle Interpellationen.

#### **Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:**

Fabienne Kühnis, Grüne

Vielen Dank Heiri [Brändli Heiri, EVP] für diese Interpellation. Es ist quasi die Fortsetzung von Christophs [Fischbach Christoph, SP] Interpellation. Wir Grünen begrüßen ein verkehrsberuhigendes Zentrum. Diese Fragen brennen uns auch unter den Nägeln. Wenn dann alle Massnahmen für die Attraktivitätssteigerung des Zentrums umgesetzt sind, ist ein verkehrsfreies oder zumindest ein verkehrsberuhigendes Klotener Zentrum der letzte Schritt.

#### **Wortmeldungen aus dem Stadtrat:**

Priska Seiler Graf, Ressortvorsteherin Sicherheit:

Ich mache es auch ganz kurz. Ich finde es auch sehr spannende Fragen und wir freuen uns darauf, diese schriftlich beantworten zu können.

Auch für diese Interpellation ist keine Überweisung notwendig.

**Ratsleitung Diverses Wahl der Ratsleitung; 12. Legislatur 2014 bis 2018; Amtsjahr 2017/18**

Das Wahlprozedere für alle Wahlen wird von der amtierenden Ratspräsidentin erläutert:

Zuerst wird der Ratspräsident, dann der 1. und danach der 2. Vizepräsident gewählt.

Jeweils im ersten Wahlgang ist das absolute Mehr, das heisst die massgebenden Stimmen durch 2 plus 1, notwendig.

Sollte es zu einem zweiten Wahlgang kommen, zählt die Stimmenmehrheit.

Darf ich Walter [Beer Walter, 1. Vizepräsident] und Maja [Hiltebrand Maja, 2. Vizepräsidentin] zu ihren Fraktionen bitten.

**Geheime Wahl der Ratspräsidentin / des Ratspräsidenten für das Amtsjahr 2017/18**

Im Namen der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt deren Präsident, Thomas Bieri, den bisherigen 1. Vizepräsidenten Walter Beer, SVP, zur Wahl zum Ratspräsidenten vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählenden stellen die Anwesenheit von 28 Ratsmitgliedern fest.

**Wahlergebnis**

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
./.. leer	2
./.. ungültig	0
Zahl der massgebenden Stimmen	26

Absolutes Mehr	14
----------------	----

Stimmen erhalten:

Walter Beer	26
-------------	----

Gewählt zum neuen Gemeinderatspräsidenten ist mit 26 Stimmen: Walter Beer, SVP

Irina Bannwart gratuliert ihm herzlich zur Wahl und fragt ihn, ob er die Wahl annimmt.

Walter Beer nimmt die Wahl an.

### **Antrittsrede Walter Beer:**

Preziadas comembras, preziai comembers dil cussegl  
Jeu engrazieli a vus zun fetg per la gronda confidonza demussada enviars mei.

Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Das ist ein herzliches Dankeschön gewesen für das mir entgegengebrachte Vertrauen, in meiner Muttersprache Rätoromanisch. Ich freue mich natürlich über dieses schöne Resultat. Gespannt bin ich, was mich erwartet in diesem Jahr als Ratspräsident. Im Rat hoffe ich auf viele interessante Diskussionen und hoffe darauf, dass wir zusammen auch in der Sprache und im Auftritt ein würdiges Parlament sein werden. Würdige Parlamentarier, denkt daran, wir sind die Legislative, die Verordnenden. Nehmt eure Aufgabe wahr. Fordert den Stadtrat heraus mit Anfragen, Interpellationen, Postulaten und Motionen. Denn das sind unsere Instrumente um Visionen und Wünsche umsetzen zu können. Ich freue mich darauf.  
Nochmals herzlichen Dank.

Im gleichen Zug möchte ich unsere bisherige Ratspräsidentin Irina [Bannwart Irina, CVP] zu mir bitten

Irina Bannwart gratuliert zuerst nochmals Walter Beer.

### **Verdankung und Verabschiedung Irina Bannwart:**

Liebe Irina

Als erstes möchte ich mich bedanken für die gute Zusammenarbeit mit dir während diesen zwei Jahren. Du hast unser Parlament würdig vertreten, die Sitzungen souverän geleitet und du bist immer sattelfest gewesen. Gerne erinnere ich mich auch an den Ausflug in das Toggenburg und dort an den Auftritt von den jungen Jodlern. Auch dafür ein grosses Dankeschön.

Da wir ja wissen, wie sehr du dein Toggenburg liebst, haben wir uns überlegt, wir schicken dich auf den Säntis, dann kannst du von dort oben auf deinen Heimatkanton herunterschauen.

Irina Bannwart:

Und ich sehe die richtige Seite der Churfürsten.

Walter Beer:

Auch die Churfürsten sind dir ans Herz gewachsen und darum schenken wir dir ein Glasuntertellerset aus Schiefer. Und wenn du sie nebeneinander legst, siehst du deine Churfürsten.  
Nochmals herzlichen Dank.

## Abschlussrede Irina Bannwart:

Liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen

Jetzt bin ich gerade etwas gerührt. Es freut mich wahnsinnig, die lieben Worte von Walter [Beer Walter, Ratspräsident] hören zu dürfen. Und meine Churfürsten liegen mir schon am Herzen.

Wie schnell ist die Zeit vorbei gegangen – ich habe das Gefühl, es sei erst gerade irgendwie 10. Mai 2016 gewesen und ihr habt mich hier zur Ratspräsidentin gewählt. Jetzt ist schon wieder ein Jahr später und es ist quasi alles vorbei. Ich durfte viel lernen in diesem Jahr, vor allem auch, dass man es nie allen recht machen kann. Das ist auch das, was ich mitnehmen werde für mich. In meinem Präsidentschaftsjahr hat es wirklich auch für mich ein paar persönliche Highlights gegeben: Und das ist jetzt noch spannend, auch hier würde ich den Ratsausflug ins Toggenburg nennen. Und auch hier das Kinder-Jodelchörli, wo ich doch auch ein paar Tränen in gewissen Augen gesehen habe vor Rührung und das hat dann mich sehr gerührt und gefreut. Das sind so Emotionen gewesen. Aber auch der spannende Rhetoriktrainingstag mit euch ist für mich ein Höhepunkt gewesen in diesem Jahr. Meinen Beruf als Logopädin und die Politik so in diesem Rahmen unter einen Hut bringen zu können. Mit euch zusammen meine zwei Leidenschaften einen Tag lang ausleben können – das ist sehr schön gewesen. Und es freut mich besonders, wenn der eine oder die andere noch kommt und sagt: Irina, von dem Tag habe ich das und das mitgenommen und ich probiere immer wieder aus. Das zeigt doch für mich, wir setzen das Gelernte aktiv im Politalltag um.

Jetzt ist für mich die Zeit gekommen, dass ich quasi in den Gemeinderatsalltag einsteige. Endlich kann ich auch mitreden im Rat. Es ist schwierig für eine Logopädin, drei Jahre quasi nichts sagen zu können. Jetzt kann ich mich auch in Diskussionen einklinken und auch mal auf gewisse Wortmeldungen reagieren. Nicht nur unter dem Tisch einfach „scharren“. Ich kann jetzt wirklich richtig mitpolitizieren und auch Vorstösse einreichen – was ich jetzt auch nach dieser Sitzung machen werde mit einer Interpellation. Nicht weil es auf die Wahlen zu geht, sondern weil ich jetzt einfach kann!

An dieser Stelle bedanke ich mich für eure Mitarbeit in diesen drei Jahren und ganz speziell im letzten Jahr. Für die Akzeptanz. Für die vielen konstruktiven Feedbacks. Aber auch für die Unterstützung. Ein grosses Danke geht an dieser Stelle an Walter [Beer Walter, ehemaliger 1. Vizepräsident], an Maja [Hiltebrand Maja, ehemalige 2. Vizepräsidentin] und aber auch an Rebekka [Schütz Rebekka, Ratssekretärin], die mich in diesem Jahr sehr unterstützt haben. Ich wünsche Walter [Beer Walter, neuer Gemeinderatspräsident] und Maja [Hiltebrand, neue 1. Vizepräsidentin] und natürlich dann auch dem frischgewählten 2. Vize – ich gehe jetzt mal davon aus, das ist voraussichtlich Heiri [Brändli Heiri, EVP] – ein gutes und interessantes Politjahr mit ganz vielen persönlichen Highlights.

Walter Beer übernimmt die Sitzungsleitung.

### **Geheime Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2017/18**

Im Namen der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt deren Präsident, Thomas Bieri, die bisherige 2. Vizepräsidentin Maja Hildebrand, SP, zur Wahl zur 1. Vizepräsidentin vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählenden stellen die Anwesenheit von 28 Ratsmitgliedern fest.

#### **Wahlergebnis**

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
./i. leer	6
./i. ungültig	1
Zahl der massgebenden Stimmen	21

Absolutes Mehr	11
----------------	----

Stimmen erhalten:

Maja Hildebrand	20
Vereinzelte	1

Gewählt zur 1. Vizepräsidentin ist mit 20 Stimmen: Maja Hildebrand, SP

Walter Beer gratuliert ihr herzlich zur Wahl und fragt sie, ob sie die Wahl annimmt.

Maja Hildebrand nimmt die Wahl an.

## Geheime Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2017/18

Im Namen der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt deren Präsident, Thomas Bieri, Heinrich Brändli, EVP, zur Wahl zum neuen 2. Vizepräsidenten vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählenden stellen die Anwesenheit von 28 Ratsmitgliedern fest.

### Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
./ leer	5
./ ungültig	0
Zahl der massgebenden Stimmen	23
Absolutes Mehr	12
Stimmen erhalten:	
Heiri Brändli	22
Vereinzelte	1

Gewählt zum 2. Vizepräsidenten ist mit 22 Stimmen: Heiri Brändli, EVP

Walter Beer gratuliert ihm herzlich zur Wahl und fragt ihn, ob er die Wahl annimmt.

Heiri Brändli nimmt die Wahl an.

9

**GRPK 2014-18; Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018  
Ersatz für Heinrich Brändli, EVP**

Für den heute in die Ratsleitung gewählten Heiri Brändli, EVP, muss ein Ersatz in die GRPK gewählt werden.

Thomas Bieri, IFK-Präsident:

Die IFK schlägt Tania Woodhatch, EVP, zur Wahl in die GRPK vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

**Der Wahlvorschlag wird stillschweigend angenommen.**

Der Ratspräsident gratuliert Tania Woodhatch herzlich zur Wahl.

**Beschluss:**

1. Tania Woodhatch, EVP, wird anstelle von Heiri Brändli, EVP, per 9.5.2017 in die GRPK gewählt.

10

**GRPK 2014-18; Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018  
Ersatz für Christoph Fischbach, SP**

Christoph Fischbach, SP, wurde am 19.5.2009 als Ersatz für René Gnädinger, SP, in die GRPK gewählt. Er wird darum am 19.5.2017 die maximale Amtsdauer von 8 Jahren erreicht haben (Geschäftsreglement des Gemeinderates Art. 67, Absatz 2).

Thomas Bieri, IFK-Präsident:

Die IFK schlägt dem Rat Sigi Sommer, SP, zur Wahl in die GRPK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Der Wahlvorschlag wird stillschweigend angenommen.**

Der Ratspräsident gratuliert Sigi Sommer herzlich zur Wahl.

**Beschluss:**

1. Sigi Sommer, SP, wird anstelle von Christoph Fischbach, SP, per 9.5.2017 in die GRPK gewählt.
2. Sigi Sommer war bereits vom 1.6.2010 bis zum 1.4.2014 Mitglied der GRPK. Diese Zeitspanne muss bei der Berechnung der maximalen Amtsdauer von 8 Jahren mitberücksichtigt werden.

Mitteilung aus der Ratsleitung:

Notiert bitte folgendes Datum: Freitag, 23. März 2018, Legislaturende-Galaabend

Die Einladung für mit Partner und Partnerinnen wird folgen, sowie Informationen dazu.

Ich darf jetzt alle Zuschauer, Gemeinderäte, Stadträte zum Apéro auf der Terrasse im Zelt hier im Schluefweg einladen – und natürlich auch die Presse.

Für das anschliessende Konstituierungssessen treffen sich alle angemeldeten Personen spätestens um 20.30 Uhr im Stadthaus im 8. Stock. Ich freue mich auf einen schönen Abend mit euch.

Es gibt keine Einwände gegen die Sitzungsführung.

**Schluss der Sitzung: 19:50 Uhr**

Für die Richtigkeit:



Rebekka Schütz  
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN



Irina Bannwart  
Präsidentin bis Traktandum 8



Walter Beer  
1. Vizepräsident bis Traktandum 8 / Präsident ab Traktandum 8



Maja Hildebrand  
2. Vizepräsidentin bis Traktandum 8 / 1. Vizepräsidentin ab Traktandum 8



Heiri Brändli  
2. Vizepräsident ab Traktandum 8